

**19. Dezember 2019**

++ Pressemitteilung ++

### **Jongen: Musiker bekommen jahrelang ihr Geld nicht – Verwertungsgesellschaft GVL muss endlich liefern!**

Berlin, 19. Dezember 2019. Auf Initiative der AfD-Bundestagsfraktion fand im Bundestagsausschuss für Kultur und Medien am 18. Dezember 2019 ein Fachgespräch zur Ausschüttungspraxis der Verwertungsgesellschaften statt. Seit Jahren steigen die Beschwerden von Leistungsberechtigten – insbesondere von Musikern – gegenüber der „Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten“ (GVL). Unzählige Musiker, die sich auf einem hart umkämpften Markt behaupten müssen, warten seit Jahren vergeblich auf ihr Geld, die Rückstellungen der GVL betragen im Jahr 2017 bereits über 600 Millionen Euro. Angeblich liegen die Ursachen in einem neuen IT-System, fehlendem Personal und fehlenden Rückmeldungen der Musiker und Künstler.

Dr. Marc Jongen, der Kulturpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, beleuchtete die komplexe Problematik insbesondere aus der Sicht der zehntausenden Betroffenen:

„Es klingt beinahe wie Hohn, wenn die GVL einerseits eine Mitwirkungspflicht seitens der Künstler fordert, das eigene IT-System aber so mangelhaft ist, dass die Künstler ihre Werke gar nicht zuordnen können. Seit Jahren werden angekündigte Auszahlungen von der GVL immer wieder verschoben und die im Verwertungsgesellschaftengesetz (VGG) genannten Fristen ignoriert. Auf der anderen Seite werden große internationale Musikkonzerne, sogenannte ‚Majors‘, aufgrund einer ungerechten Stimmverteilung in den Gremien und daraus folgend durch eine frühere Auszahlung deutlich bevorzugt.“

Jongen zeigte sich am Ende der kontrovers geführten Debatte zufrieden darüber, dass bei allen Fraktionen ein Interesse für die schwerwiegende Problemlage der betroffenen Musiker geweckt werden konnte. Dessen ungeachtet blieb die Frage nach einem Termin, bis zu dem alle offenen Zahlungen erfolgt sein werden, unbeantwortet.

„Die AfD-Fraktion wird das Verhalten der GVL weiter beobachten und darauf drängen, dass die betroffenen Künstler nicht länger vertröstet werden“, bekräftigte Jongen.

Pressekontakt:

#### **Christian Lüth**

Pressestelle der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Pressesprecher der Alternative für Deutschland

Tel.: 030 22757225

<https://www.afd.de/bundestag>